

Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 220

Wilhelmshaven

September 2006

Kaum Unterschiede...

... gibt es zwischen SPD und CDU im Kommunalwahlkampf. Wo das Salz für die Suppe zu finden ist, können Sie ab Seite 4 in diesem "Kommunalwahlspecial" lesen.

Ein **plus.** für Wilhelmshaven.

Am 10. September:
„Gemeinsam
mehr erreichen.“

Ein **plus.** für Wilhelmshaven. **CDU**

Wir für Wilhelmshaven

Auswahl

Die Kommunalwahl nimmt natürlich in diesem Gegenwind den meisten Platz ein. Los geht es auf Seite 4 mit den Parteien, mit denen wir uns nicht näher befasst haben. Da hätten wir auf der einen Seite die rechten Gruppierungen Deutsche Partei, Republikaner und die NPD und auf der anderen Seite die Pogo-Partei.

Näher angesehen haben wir uns das Programm der FDP – auf Seite 4 heißt es: "Mehrheiten knacken!"

Die BASU tritt zum ersten Mal zur Kommunalwahl an – trotzdem finden wir in dieser Partei einige alte Hasen wieder. Ob es in den alten Schläuchen neuen Wein gibt, erfahren Sie auf Seite 5.

Das Wahlprogramm der SPD ist schon langweilig. Man musste sich nicht viel Neues für die Kommunalwahl ausdenken. "Weiter so" ist dann auch die Devise der SPD auf unserer Seite 5. Ob es so weitergeht, werden wir am Abend des 10. September wissen.

Das CDU-Wahlprogramm unterscheidet sich nicht groß von dem der SPD, aber man ist "Entschlossen zum Sieg", wie wir unseren Artikel auf Seite 6 überschrieben haben.

Mit den Grünen befassen wir uns ebenfalls auf Seite 6. Was ist aus unseren Träumen geworden? Eine Partei des bürgerlichen Mittelstandes.

Fehlt nur noch die Linke Alternative Wilhelmshaven. Deren Programm hätte sicherlich mehr Platz verdient, als wir ihr auf Seite 6 bieten – wenn die LAW in den Rat kommt, werden wir uns ausführlicher mit ihr befassen.

Wieder müssen wir über die Firma Reichelt berichten. Auf Seite 3 belegen wir, wie dringend dort ein Betriebsrat benötigt wird.

Einen neuen Fall aus dem Wilhelmshavener Job-Center schildern wir auf Seite 8. Es geht um einen E-Herd.

Die Äußerungen Stefan Beckers in seiner Zeitschrift Scout haben auch bei uns die Alarmglocken klingeln lassen. Zwei ein wenig unterschiedliche Stellungnahmen und die neueste Entwicklung in diesem "Fall" auf Seite 10: Aufhören, Herr Becker, hören Sie auf!

"Armut macht krank – Krankheit macht arm" – ein Bericht über die Gesundheitssystemberatung auf Seite 12.

meldungen

Wohnen bei der Spar und Bau -

leider nicht möglich für Alg II-EmpfängerInnen. Nein, natürlich schließt man bei dieser Wohnungsbaugesellschaft die Hartz IV-Betroffenen nicht grundsätzlich als Mieter und Mieterinnen aus. Doch diese Zielgruppe muss (anders als Mietinteressenten in Arbeit) einen Bürgen beibringen. Und wie groß sind wohl die Chancen für einen Langzeitarbeitslosen, dass jemand für ihn bürgt?

Dass eine Bürgschaft verlangt wird, ist nicht nur diskriminierend für den betroffenen Personenkreis. Es ist auch ziemlich dumm von der Spar und Bau. Denn wenn man vereinbart, dass das Job-Center die Miete direkt an den Vermieter überweist, sind die Alg II-EmpfängerInnen doch eigentlich die verlässlichsten Mieter. (noa)

Inzwischen

verzichten die Hotelplaner und -bauer Wilhelmshavens auf die großspürige Bekanntgabe zu erwartender Eröffnungstermine. Nachdem der Lübecker Architekt Helmut Riemann den Zuschlag für die Realisierung des Hotels an der Jadestraße erhalten hat, gab es man gerade noch eine Vermutung über den möglichen Baubeginn im Oktober 2006. Wer's glaubt ...

Auffällig sind auch die sehr distanzierten Stellungnahmen der Offiziellen der Stadt und auch der Wilhelmshavener Presse. Keine große Begeisterung, kein Jahrhundertbauwerk, kein Meilenstein – was ist da los? Der Gegenwind freut sich schon jetzt auf das neue Bauschild. (hk)



Unwort der Stadt Wilhelmshaven

Marktstraßenpflasterkaugummientfernungsautomat. Mit einem Automaten zur Entfernung von Kaugummi rückt man den festgetretenen Kaugummis in der Marktstraße auf den Pelz. Eigentlich sollten die neuen Steine ja sehr unempfindlich sein. Das war aber wohl eine Fehlinformation.

Jetzt versucht man, die Kaugummis mit einem Dampfstrahl zu entfernen. Der Erfolg ist eher mäßig. Es entsteht ein heller Fleck mit dunklem Rand. Das üben wir dann wohl noch mal. (jt)

Petrus ein Schnippchen geschlagen

Hin und wieder kommt es vor, dass Petrus seine Schleusen öffnet und erhebliche Wassermengen auf unsere schöne Stadt herniedergehen lässt.

Ganz zum Ärger der Bürger. Auch die Kläranlage mag derartige Mengen nicht gern aufnehmen.

**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Um Petrus ein Schnippchen zu schlagen, beschloss der Rat der Stadt Einsparungen bei der Reinigung der Gullys. Und die Sache funktioniert, wie man in den letzten Tagen beobachten konnte. Die mittlerweile verstopften Gullys verhindern, dass sich die "bösen Fluten" auf den Weg zur Kläranlage machen. Nun gut, dass die Wassermassen nach starkem Regen zu Straßenüberschwemmungen führen, das konnte der Rat nicht auch noch wissen. Immer schön ein Problem nach dem anderen abarbeiten. (jt)

Beraten?

Wer hat denn nun wen beraten? Bei dem Bericht der externen Berater handelt es sich wohl mehr um eine Zusammenstellung aller schon lange bekannten Maßnahmen, die eine Kommune ergreifen kann, um den Haushalt zu sanieren. Den externen Berater brauchen wir in Wilhelmshaven, damit dieser Einsparmöglichkeiten ermittelt, die wir (Rat und Verwaltung) selbst nicht ermitteln können.

Wenn das so war, haben wir, Rat und Verwaltung, uns jetzt für viel Geld schriftlich ein Armutszeugnis ausstellen lassen. Es findet sich in dem gesamten Bericht nicht ein einziger Beratervorschlag, der nicht auch in jedem Lehrbuch zu finden ist.

Rat und Verwaltung werden es wohl schwer haben zu erklären, wo hier neue Erkenntnisse zu finden sind und warum man diese nicht selbst ermitteln konnte. (jt)



Friedenspolitisches Forum

"Die 'Kreuzzüge' der Bundeswehr interessieren uns sehr", steht im Programm der LAW (linke alternative wilhelmshaven). Das wurde geschrieben, als der Kongoeinsatz erst noch geplant war. In den letzten drei Monaten ist viel geschehen. In Afghanistan geraten langsam auch die deutschen Soldaten in die Schusslinie, im Irak eskaliert die Gewalt immer mehr, und die jetzigen Kriegshandlungen sind die "Wehen für eine neue Ordnung im Nahen Osten", sagt Condoleezza Rice. Die deutsche Marine wird eventuell vor den Küsten des Libanon eingesetzt.

Wollen wir uns wirklich ohne Widerstand in die Machtspiele und den sogenannten Antiterrorkrieg hineinziehen lassen? Gibt es nicht bessere Möglichkeiten, die Welt friedlicher zu machen?

In aller Welt gibt es Widerstand gegen den Kriegskurs der USA, in den USA selber, in Israel, Palästina, Iran, in Mexiko und auf Kuba, überall.

Von Wilhelmshaven aus fahren unsere Kriegsschiffe (das sind sie nämlich immer noch trotz der "Tage der offenen Tür" und der Anbieter bei Kindern und Jugendlichen) in die Kriegsgebiete der Erde. Ein friedenspolitisches Forum wäre eine mögliche Antwort. Interessiert? Kontakt über die LAW. (jj)

Die LAW trifft sich jeden Montag um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Schwarzer Bär".

Wilhelmshaven blickt seewärts

Am Südstrand werden die Badenden von ungeklärten Abwassern begleitet, der Geniusstrand soll platt gemacht werden, und am Banter See stehen wieder die Schilder mit der Aufschrift 'Baden verboten'.

Wir blicken also seewärts. Am Südstrand, um zu sehen, wo sich gerade der Fäkalienstrom befindet, am Geniusstrand seit vielen Jahren, weil da ja angeblich die Großbaustelle JWP sein soll, am Banter See, um die Blaualgentepiche zu beobachten.

Anderenorts blickt man auch auf einen See. Auf den Accumer See, um die durchaus positiven Erfolge zu beobachten, die ein von der Wilhelmshavener Fachhochschule entwickeltes Sprühstrahlrohr gebracht hat. (jt)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30.08.2006

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten und besonders bei J.Tjaden (jt), die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Ein Betriebsrat muss her!

Neues vom Versandhaus Reichelt Elektronik

(noa) Unser letzter Beitrag über die Sander Firma Reichelt Elektronik (Gegenwind 214) endete mit dem Satz: "Der Gegenwind schließt ... die Berichterstattung über Reichelt Elektronik bis auf Weiteres ab und hofft, dass das Nächste, was wir darüber hören, die Betriebsratswahl betrifft."

In der Tat haben wir seither gelegentlich Kontakt mit Reichelt-MitarbeiterInnen gehabt, die – unabhängig voneinander – daran interessiert waren, einen Betriebsrat zu etablieren, die sich bei der zuständigen Gewerkschaft ver.di melden wollten, am Ende aber allesamt offensichtlich doch keine Betriebsratswahl auf die Beine bekommen haben. Dabei wäre eine Vertretung der Beschäftigten dort bitter nötig.

"Da haben wir was ausgelöst – aber was genau?", so hatte der Untertitel des damaligen Artikels gelautes. Im Sommer, also über ein halbes Jahr später, erreichte uns endlich eine weitere Antwort auf diese Frage. Neben einigem Wirbel im Betrieb hätten wir, so eine Anruferin, den Verlust ihres Arbeitsplatzes ausgelöst.

Wie? Was?

Frau A. (der vollständige Name ist der Redaktion bekannt) war von 1997 bis 2006 bei Reichelt Elektronik beschäftigt. Zunächst arbeitete sie als Kommissioniererin, sprich: Sie stellte Lieferungen an Kunden zusammen. Nach einiger Zeit wurde sie zur stellvertretenden Stationsleiterin befördert. Nach der "Reichelt-Woche" im Oktober 2005 (die "WZ" hatte in rascher Folge mehrere Lobeshymnen auf den Betrieb und seine Chefin gebracht – vgl. Gegenwind 213) gehörte Frau A. zu denen, die sich innerhalb des Betriebes über die Artikelserie unterhielten und sich darüber austauschten, dass es so doll mit dem Betriebsklima nun doch nicht ist. An dem Gegenwind wenden wollte Frau A. sich jedoch nicht; sie wollte loyal bleiben. Und so lernten wir sie eben nicht schon damals im November 2005, sondern erst jetzt im August kennen.

Die "Jagdscenen in Sande" (GW 214) hatten sich damals nicht auf die von uns berichteten Verhöre von Beschäftigten durch ihre Stationsleitungen beschränkt, sondern waren darüber weit hinausgegangen. So hatte eine zum Zeitpunkt des Erscheinens der GW-Ausgabe 213 schon nicht mehr bei Reichelt Elektronik beschäftigte Mitarbeiterin "Besuch" bekommen. 14 (in Worten: vierzehn!) Reichelt-MitarbeiterInnen klingelten eines Tages bei ihr, machten sich ihre Überraschung zunutze und drangen in ihre Wohnung ein, wo sie sie "befragten". Irgendwie bekamen sie aus ihr wohl u.a. den Namen von Frau A. heraus (als Mitwisserin der Kontaktaufnahme mit dem Gegenwind).

Dies hatte Folgen für Frau A. Zunächst einmal wurde sie am 12. Januar von der Bereichsleiterin Frau P. vom Arbeitsplatz weggeholt und in einen Raum geführt, der bei früheren Gelegenheiten schon als "Verhörzimmer" gedient hatte: klein und fensterlos, vom Flur aus durch eine Glastür einsehbar. Dort musste sie fast eine Stunde lang warten, bis Frau Reichelt kam und sich ihrer annahm. Und das gestaltete sich so, dass Frau Reichelt ihr vorwarf, im Betrieb gegen die Bereichs- und die Geschäftsleitung gehetzt zu haben und

eine der "NestbeschmutzerInnen" gewesen zu sein, die sich an den Gegenwind gewandt hatten. Frau A., vom Warten auf dem Präsentierteller schon ziemlich zermürbt, versicherte, dass die Vorwürfe nicht zuträfen, dass sie zwar von dem Plan ihrer KollegInnen, sich mit einer Gegenwind-Redakteurin zu treffen, gewusst habe, sich aber daran nicht beteiligt habe.

Trotzdem bekam sie einige Tage später drei Schreiben auf einmal: ein Zwischenzeugnis, eine Abmahnung und eine Freistellung.

In der Abmahnung schrieb Frau Reichelt unzutreffenderweise: "In unserem Gespräch ... stellte sich heraus, dass Sie aufkommender negativer Stimmungsmache der Ihnen unterstellten Mitarbeiter nicht entgegengewirkt, sondern durch Hetzen gegen die Bereichs- und Geschäftsleitung die allgemeine Lage untragbar verschlechtert haben." Und am Ende "...weisen wir Sie darauf hin, dass sie im Wiederholungsfall mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen (Kündigung) zu rechnen haben." In der gleichzeitig übergebenen Freistellung heißt es: "Aus gegebenem Anlass stellen wir Sie ab sofort von der Arbeit frei. (...) Bitte nutzen Sie diese Freistellung zu Bewerbungs- und Vorstellungsgesprächen."

Selbst wenn Frau A. vorgehabt hätte, bei KollegInnen gegen den Betrieb oder die Chefin zu "hetzen" – sie hätte gar keine Gelegenheit mehr dazu gehabt. Der "Wiederholungsfall" konnte nicht eintreten. Die Aufforderung, sich anderweitig um Arbeit zu bemühen, kündigte an, was eine Woche später eintreten sollte. Frau A. wurde gleich wieder von der Arbeit weggeschickt und bekam eine weitere Woche danach ihre Kündigung (fristgerecht zum 30. April).

Die Einschüchterung im Januar 2006 war so massiv, dass Frau A. sich erst im August dazu aufraffen konnte, uns ihre Geschichte zu erzählen. "Ein Betriebsrat ist bei Reichelt wirklich dringend notwendig", meint sie nach dieser Erfahrung. So wären Gespräche wie das vom 12. Januar gar nicht möglich; ein Betriebsratsmitglied müsste anwesend sein, wenn ein Mitarbeiter zu Vorgängen im Betrieb befragt wird; ohne Zustimmung des Betriebsrates könnte keine Kündigung ausgesprochen werden; damit wäre die dauernd herrschende Angst unter den KommissionierInnen nicht so groß.

"Es müsste mal jemand dort anfangen zu arbeiten, der auf die Stelle nicht dringend angewiesen ist und deshalb mutiger sein kann. Diese Person könnte dann eine Betriebsratswahl einleiten", spinnt Frau A. ihren Faden weiter. Sie geht davon aus, dass ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin die Vorbereitung einer Betriebsratswahl zwangsläufig mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bezahlen müsste. Beschäftigte zahlreicher anderer Betriebe haben in der Vergangenheit jedoch gezeigt, dass es in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft auch ohne solche Opfer geht. □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Wir feiern Geburtstag

Am Samstag, dem
9. September 2006
von 12 bis 18 Uhr



6 Jahre Mütterzentrum

12 – 15 Uhr:

Salatbuffet mit leckeren Grillangeboten

Ab 15 Uhr:

Kuchenbuffet



Tombola
mit attraktiven Gewinnen

Popcornstand



Kinderrallye
auf dem Banter Markt

Unser Secondhandshop ist
von 10 bis 18 Uhr geöffnet
Zur Feier des Tages er-
scheint unser erstes
"MüZe"-Kochbuch
Feiern Sie mit uns.
Wir freuen uns auf Sie!

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 13.30 Uhr

Wähle, wähle...

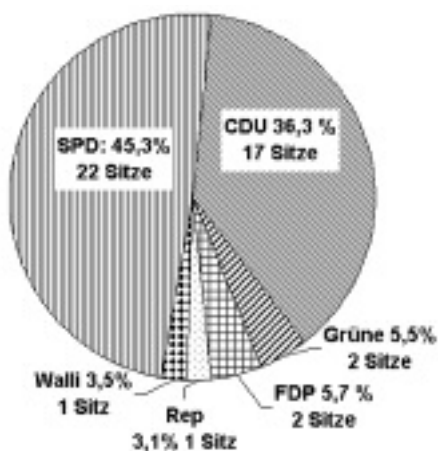
Kommunalwahl 2006: 10 Parteien stehen zur Wahl

(hk) Es gab früher Kommunalwahlen, die richtig spannend waren – aber heute? Langeweile pur! Wir haben uns die Mühe gemacht, die für Wilhelmshaven bedeutenden Parteien und ihre Aussagen zur Kommunalwahl 2006 unter die Lupe zu nehmen.

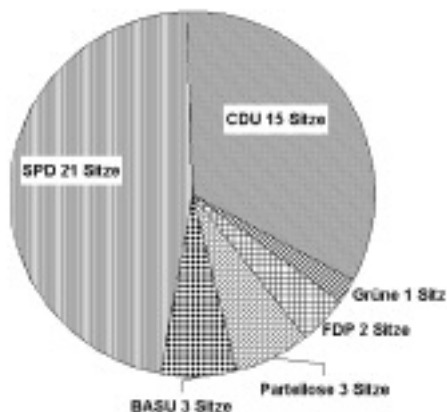
Nicht befasst haben wir uns mit den Parteien des rechten Randes (NPD, Deutsche Partei, Republikaner). Für einen denkenden Wilhelmshavener dürfte die Wahl einer dieser Gruppierungen von vornherein unmöglich sein – und denjenigen, die auch bei dieser Wahl wieder an den rechten Leimruten kleben bleiben, ist eh nicht zu helfen.

Erst einmal ein kurzer Rückblick:

Bei der letzten Kommunalwahl gab es bei einer Wahlbeteiligung von mageren 49,9 % die folgende Sitzverteilung bzw. Prozente:



Das heutige Bild des noch bestehenden Stadtrates sieht etwas anders aus:



Die Veränderungen entstanden durch den Wechsel von Abgeordneten zu anderen Parteien oder gar die Neugründung einer Partei (BASU), die verstärkt durch 2 CDU-Ratsherren plötzlich mit 3 Leuten im Rat vertreten war.

Wählen oder nicht wählen?

Nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten gingen 2001 zur Wahl. Im Grunde eine schmerzende Ohrfeige für die Politik des Wilhelmshavener Stadtrates. Doch man sucht da ja lieber die Schuld beim unmündigen Bürger. OB Menzel: "Eine Wahlbeteiligung von lediglich 49,9 % ist nicht zu akzeptieren." Das Wahlrecht sei schließlich das höchste Gut. Keine Frage nach dem Warum? – Tagesordnung!

Ein Ausdruck des "Sich-nicht-vertreten-Fühlens" ist wohl auch die Beteiligung der Pogo-Partei an der Kommunalwahl, die immerhin in 3 Wahlbereichen antritt.

Gerade mal zehn Monate liegt die Gründung der POGO-PARTEI zurück, und schon steht die 1. Wahlteilnahme an! Die niedersächsischen Kamernossen aus Hannover und Wilhelmshaven haben sich ganz nach dem Prinzip der Balkanisierung von unten eigenständig um das gesamte Wahlprozedere gekümmert - und stehen jetzt auf dem Wahlzettel!

Gemeinsam werden die Kamernossen ihr Letztes geben, um diese beiden Hochburgen der Pogo-Anarchie zu balkanisieren und rückzuverdummen! Die beiden Städte werden nach erfolgreichem Wahlsieg die *potemkinschen Dörfer* sein, die als Vorbild für die weitere Balkanisierung der Republik dienen werden! An ihnen wird *erstmalig* das *pogo-anarchistische Zonenmodell* seine Anwendung finden, die *Rückverdummung* als oberstes Unterrichtsziel in der Schule eingeführt und das *Leben* der dort wohnenden Aso-



zialen so komfortabel wie nur irgend möglich gestaltet! (aus: <http://ar.pogo-partei.de>)

Nicht zur Wahl gehen oder die Pogo-Partei zu wählen – beides bringt die bewusste Ablehnung der momentan zelebrierten Politik von SPD bis Grün zum Ausdruck.

Spannend wird die Wahl sicher nicht im Ergebnis von SPD und CDU – spannend ist die Wahl eigentlich nur durch die kleinen Parteien. Was kann die BASU schaffen, hat die gerade erst gegründete Linke Alternative eine Chance und wie viele Wählerinnen geben den völlig untätigen Kandidaten der Bündnisgrünen ihre Stimme? Können die diesmal zum Glück noch zersplitterter antretenden rechten Parteien wieder im Rathaus Platz nehmen? Um es mit Franz Beckenbauer zu sagen: Schauen mer mal!



Mehrheiten knacken

FDP nimmt die schwarz-rote Dominanz ins Fadenkreuz

(ub) Wie alle kleinen Parteien hat die FDP in Wilhelmshaven zunächst einmal ein Ziel: raus aus der politischen Bedeutungslosigkeit, Mitgestalten im Konzert der Großen. Also müssen diesmal gleich zwei Nüsse geknackt werden - auf dem Wahlplakat der FDP versperren eine rote und eine schwarze Wa(h)nuss den Zugang zum Rathaus. Wer unzufrieden ist mit SPD und CDU und deshalb die liberalen Frontmänner in den Vordergrund schieben will – "die Freiheit haben wir" (FDP-Slogan) - findet Gründe dafür oder dagegen im aktuellen Kommunalprogramm der FDP, das wir nachfolgend skizzieren.

Die Ausgangssituation ist natürlich schlimm. Das weiß nicht nur der eifrige Gegenwindleser: Die "Stadt Wilhelmshaven steht in den nächsten Jahren vor ungewöhnlichen Herausforderungen" (alle Zitate aus dem Kommunalwahlprogramm der FDP – Entwurf vom 04.07.2006). Als da sind eine "erschreckend hohe Arbeitslosigkeit, ein völlig unakzeptabel hohes Niveau der Sozialabgaben" und ein kommunaler Haushalt mit "weiter ansteigenden Schulden".

Liberaler Antworten

Deshalb kann es so wie bisher überhaupt nicht weitergehen. Die vor uns liegenden gewaltigen Aufgaben erfordern "völlig neue Denkansätze und Lösungsstrategien". Die hat natürlich – Überraschung! – die FDP, und dabei will sie sich in den nächsten 5

Jahren – so man sie lässt – auf 5 Schwerpunkte konzentrieren. Wir haben uns die Bereiche Wirtschaft, Haushalt, Bildung und Kultur herausgepickt.

Die Wirtschaftsentwicklung

steht nicht von ungefähr an erster Stelle im Maßnahmenkatalog der FDP. Die Wirtschaft ist das erklärte Lieblingsthema aller Liberalen. Sie soll "ertüchtigt" werden – dann geht alles wie von selbst. Was braucht die Wirtschaft? Zunächst einmal muss man sie machen lassen – also "Privatisierung in verschiedenen Bereichen", und wo das partout nicht geht, mindestens "der Ausbau von öffentlich-privaten Partnerschaftsmodellen". Die FDP stellt klar: "Die beste Jugend- und Sozialpolitik ist also eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik." Damit ist eigentlich alles ge-

sagt, und konsequenterweise tauchen dann auch die Wörter "Jugendpolitik" und "Sozialpolitik" im aktuellen Programm der FDP an keiner Stelle mehr auf.

Den Jade-Weser-Port wollen fast alle, und dazu ist eine "harmonische Zusammenarbeit mit dem Land" wichtig. Wer könnte das besser als die FDP, "wird doch mit Walter Hirche der Wirtschaftsminister" von ihnen gestellt.

Und sonst: In einem "Büro für alles" sollen für den ansiedlungswilligen Unternehmer "alle notwendigen Antragsformalitäten gebündelt werden, so dass sich der Unternehmer nicht mehr durch den Dschungel der Behörden kämpfen muss". Die Großindustrie braucht "einen ständigen Ansprechpartner", und (generell ist man ja sonst konsequent für Personalabbau im öffentlichen Dienst – siehe unten) ein "hauptamtlicher Wirtschaftsförderer" soll eingestellt werden.

Alles muss raus

Auch hier sollen "völlig neue Wege" beschritten werden: "Verkauf von städtischen Beteiligungen (Stadtwerke, GEW), Verkauf von Liegenschaften", und durch die "vorge-

nannten Maßnahmen kann eine Rückführung des Personalstandes erreicht werden".

Die Sozialausgaben überschreiten "das verträgliche Maß" und müssen zurückgeführt werden. An dieser Stelle werden jetzt auch die Menschen "ertüchtigt" mit "Sprach- und allgemeiner Bildungsförderung und Suchtbekämpfung".



Geld spielt keine Rolle

Mit Schulschließungen und Schulzusammenlegungen hat die FDP grundsätzlich keine Probleme (Anpassung an "demographische Entwicklungen"); jedoch sollten "vielfältige Aspekte" wie z. B. ihre "Leistungsfähigkeit" und "ihre Möglichkeit, die zunehmend problematischer werdenden sozialen Verhältnisse zu kompensieren", berücksichtigt werden.

Für die Bildung ist genug Geld da, wenn die FDP mitentscheidet: "Durch den Verkauf von Liegenschaften stehen erhebliche Finanzmittel zur Verfügung."

Mit Hilfe der Hotellerie, der Freizeit- und Tourismus-GmbH und engagierter Bürger wird Wilhelmshaven "das Zentrum für Kultur auf der ostfriesischen Halbinsel". Der kulturin-

teressierte Bürger kommt vor der Wahlurne wohl nicht vorbei an der FDP. Ganz klar: Kultureinrichtungen sollen gestärkt werden. Schließlich geht's um Peanuts, denn "der gesamte Kulturhaushalt" macht "einschließlich der Verwaltung nur 1,9% des Gesamthaushaltes" aus.

Was fehlt

Im Konzept der örtlichen FDP sind die anderen, "klassischen" Themen der Liberalen kein Thema. Kein Wort findet man beispielsweise zur Diskussion "Freiheit versus Sicherheit". Eigentlich ein Thema, das sich aufdrängt, wo doch auch in Wilhelmshaven so manch ein Kommunalpolitiker über massive Videoüberwachung nachdenkt. Ausländern will man Sprachförderung anbieten, aber was ist mit Themen wie Asyl, Abschiebung und Bleiberecht? Die Auseinandersetzung mit Bürgerrechten und die Gefahren durch neofaschistische Organisationen sucht man vergeblich. Das große Thema Soziales taucht vorwiegend in der Wortkombination Sozialausgaben auf. Diese sind dann lediglich "unakzeptabel hoch".

Insgesamt wirft die FDP ihren Hut mit einem neoliberalen, an der "Selbstheilungskraft" der Wirtschaft ausgerichteten Konzept in den Ring. Die geforderte "Bürgerbeteiligung" orientiert sich vornehmlich am klassischen Bildungsbürgertum mit "Sonntagsvormittagsgesprächen der VHS". □

Alte Hasen

Alte Schläuche – neuer Wein?

(ub) Joachim Tjaden (ex-Walli), Joachim Ender und Axel Homann (beide vormals CDU) sind die ratserfahrenen Gründer der freien Liste BASU. Der Name steht für "Bildung – Arbeit – Soziales – Umwelt". Die drei Politveteranen und ihre Mitstreiter (das "innen" fehlt nicht zufällig!) haben sich viel vorgenommen – am 10. September soll – so die selbst gewählte Botschaft – BASU-Tag sein. Dem/der Wähler/in steht ein umfangreiches und detailfreudiges Wahlprogramm der neuen Liste zur Verfügung. Wozu es taugt? Wir stellen Inhalte vor und geben Entscheidungshilfen.

Noch fehlt es der BASU offensichtlich an Nachwuchs – die Internetvorstellung der Wahlkandidaten zeigt viel graues Haar, und die Gründungsmitglieder der BASU können schwerkewichtig mit Lebens- und Ratsherren Erfahrung wuchern. Aber Wilhelmshaven hat bekanntlich ein demographisches Problem, und warum soll sich das nicht im Kandidatenportfolio der Parteien widerspiegeln?

Blick zurück im Zorn

"Natürlich könnten wir Ihnen das Blaue vom Himmel lügen, nur um Ihre Stimme für die anstehende Kommunalwahl zu bekommen. Das überlassen wir aber lieber den anderen Parteien und Gruppen." (dieses und alle folgenden Zitate aus dem BASU-Wahlprogramm) Das Vorwort dient der Abrechnung mit den "etablierten Wilhelmshavener Parteien", die den Bürgern "immer wieder die blühende Stadt" versprochen haben.

Die BASU grenzt sich hier nicht nur inhaltlich ab – auch die Art und Weise der Politik soll eine andere werden: "Jeder Vertreter des Rates sollte ausschließlich seinem Gewissen verantwortlich sein. Fraktionszwänge, die lediglich dazu dienen, den Willen Einzelner (Fraktionspitze) durchzusetzen, darf es nicht geben". Ein Politikansatz, den Joachim Ender lange vor BASU-Gründung in einem

Gegenwindgespräch über seine politische Zukunft propagiert hatte (sh. Gegenwind 204, "Heckenschützen und Schleimspuren").

B wie Bildung

Die programmatische Kernaussage hierzu: Förderung von Benachteiligten. Schulische Bildung darf nicht am Geld scheitern. "Eine Grundausstattung der Schulen mit Lernmaterial für alle Schüler" muss geschaffen werden. Auch die BASU schließt Schulschließungen aufgrund der realen und prognostizierten Schülerzahlen nicht aus, aber sie fordert auch eine neue Schule für verhaltensauffällige Schüler/innen analog dem Angebot des Landkreises Friesland. Die ist zwar ortsnah, aber man ist bei Unterbringung auf den guten Willen des LK Friesland angewiesen.

Das Problem des reduzierten Sportangebotes in Schulen wird thematisiert und eine Verknüpfung von Schulsport und Vereinsport angestrebt.

In der Erwachsenenbildung wird der Fokus auf die Erweiterung der Elternkompetenz gelegt. Elternschulungen sollen helfen, die tägliche Hausaufgabenbegleitung zu erleichtern.

A wie Arbeit

Der immens hohe Schuldensturm der Stadt (die BASU schätzt die Schuldensumme

auf ca. 150 Mio. Euro) "lähmt die Handlungsfreiheit der Stadt ... und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze". Schuldenabbau und eine "transparente Ausgabenkontrolle" sind somit laut BASU wichtige Instrumente zur Arbeitsplatzschaffung. Bei der "Verringerung der Ausgaben" nennt die BASU Beispiele von aus ihrer Sicht unsinnigen Projekten, wie die Pflasterung der Marktstraße oder die "Planung der Hafentorbrücke oder eines Nordgleises". Auch die aufwendige Ausgestaltung des Valoisplatzes dient als Beispiel.

Ein besonderer Dorn im Auge sind den Vertretern der BASU die vom Rat der Stadt geschaffen 44 städtischen Gesellschaften. Klare Forderung der BASU: "Die Verantwortung des Rates zurückholen".

Ein klares und deutliches Signal in der Gewerkschaftsfrage geht an die Arbeitnehmer: Die BASU setzt sich ein für starke Gewerkschaften. Scharf kritisiert, weil arbeitnehmerfeindlich, werden Zeitarbeitsagenturen.

Bei der Frage nach neuen Arbeitsplätzen setzt die BASU schwerpunktmäßig auf die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Sie warnt vor Vernichtung von versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bei sorglosem Umgang mit sogenannten Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs). Diese 1-Euro-Jobber gefährden laut BASU potenziell Arbeitsplätze.

S wie Soziales

Die BASU betont ausdrücklich, dass soziale Organisationen wie z. B. "ALI, Pro Familia, Insolvenzhilfverein, Suchtberatung" etc. eine immens wichtige Funktion in der Stadt haben. BASU: "Die Arbeit ist in der heutigen Zeit unentbehrlich. Die hier geleistete Arbeit ist unbezahlbar." Folglich wird eine Kürzung der Zuschüsse strikt abgelehnt, vielmehr muss die "finanzielle Unterstützung der Stadt ... nach oben angepasst werden".

Kindergarten- und Hortplätze sind laut

BASU mitnichten in ausreichendem Maße vorhanden. Hier ist folglich eine Ausweitung der Angebote erforderlich, und vor allem müssen hier auch "geeignete Modelle" gefunden werden, um eine ausreichende Platzzahl und eine sozial gerechte Verteilung zu gewährleisten.

Breiten Raum nimmt auch die Beschäftigung mit jugendpolitischen Aspekten ein. "Die Jugend ist unsere Zukunft", heißt es quasi als Präambel im Vorspann. Wir brauchen, so die BASU, Einrichtungen wie das Freizeitzentrum Nord nicht nur im Stadtnorden.

Ein klares Bekenntnis gibt es an dieser Stelle auch zur kulturellen Vielfalt in der Stadt Wilhelmshaven. Stadtbücherei, Volkshochschule, Theater, Junges Theater, Kunsthalle und Botanischer Garten, sie alle sind auf Grund von städtischen Einsparungen in ihrer

Vielfalt, teilweise sogar in ihrer Existenz bedroht. Die BASU fordert einen Stopp der Einsparungen: "Dieser Trend muss aufgehalten und umgekehrt werden."

U wie Umwelt

Thema Zersiedelung: "In Wilhelmshaven steht Wohnraum für mehr als 5.000 Familien leer." Die BASU fordert, dass das vorhandene Wohnpotenzial in der Stadt durch geeignete Maßnahmen genutzt und gefördert wird, anstatt neue Wohngebiete am Stadtrand zu erschließen. Seitdem ein Hotelbau am Großen Hafen geplant ist, wissen wir, dass ein vertikaler Spatenstich zu viele enorme ökologische und ökonomische Folgen haben kann.

Z wie Zaster

Uff - ganz am Anfang im Vorwort hat die

BASU davor gewarnt, "Versprechungen zu machen, die wir ganz sicher nicht halten können", weil Versprechungen in der Regel Geld kosten.

Und dann, im Laufe des Programms – so peu à peu – baut sich da etwas auf, was sicherlich richtig Geld kostet. Und der große Wurf / die große Versprechung, wo es denn herkommen soll, das viele Geld, findet sich nicht im Programm. Und da ist die BASU konsequent - das bleibt offen, weil es ungelöst ist. Natürlich kann auch die BASU nicht die perfekte Lösung aus dem Hut zaubern.

Ausführliche Infos und das komplette Parteiprogramm gibt es im Internet unter: www.basu-whv.de

Weiter so!

SPD: "Unser Schwerpunktprogramm der letzten Jahre muss fortgeführt werden"

(noa) Die SPD hat gegenüber den anderen Parteien und Gruppierungen, die in den Rat einziehen wollen, den gewaltigen Vorteil, da schon mit komfortabler Mehrheit zu sitzen. Und deshalb musste sie sich nicht viel Neues ausdenken für das Programm zur Kommunalwahl am 10. September.

Oder ist das eher ein Nachteil? Wie schreibt man zum x-ten Mal ein Programm, das denen, die es lesen, mehr als ein Gähnen entlockt? Wo die CDU auf die witzige Idee gekommen ist, alles zum "Standortvorteil" zu erklären, setzt die SPD auf eine ganz andere Methode, originell zu sein: Nach der Präambel, in der sie sich für den JadeWeser-Port, den Rüsterei Groden, den Ausbau der Raffinerie, die Ansiedlung der chemischen Industrie und den Bau des Deutschen Flüssigerdgas-Terminals lobt und bekräftigt, dass sie auch fürderhin Arbeitsplätze schaffen will, die Bildung fördern und sich angemessen um den Müll kümmern will, folgen einige Seiten "Aufgaben der kommenden Jahre in alphabetischer Reihenfolge".

Die Idee ist gut. So muss man sich überhaupt nicht mehr mit dem Problem rum-schlagen, ob das Thema X inhaltlich mehr mit dem Thema Y oder dem Thema Z in Zusammenhang steht, in welcher Reihenfolge man die politischen Schwerpunkte abhandelt (weil die Reihenfolge, in der etwas geschrieben steht, ja unbewusst immer mit Wichtigkeit gleichgesetzt wird), und es ist noch viel origineller als die christdemokratische Variante!

Auch für uns ist es von Vorteil. Wir nennen die Punkte einfach in der gleichen Reihenfolge:

- Arbeit steht an erster Stelle, Ansiedlung von Unternehmen ist wichtig, Abfallvermeidung ist wichtiger als Abfallentsorgung, und die Abwasserreinigung ist auch wichtig.
- Bauen ist gefragt – die SPD will "weiterhin die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bauwillige ein passendes Grundstück finden können" (heißt das weiterer Flächenverbrauch?), Bestandspflege von Unternehmen, Biotechnologiepark und Bildungseinrichtungen (wo außer im SPD-Programm findet man diese Themen so nah beieinander?!),
- Chemiestandort wird ausgebaut,
- Dauerarbeitsplätze auch für jugendliche

Arbeitslose sind nötig,

- Einwohnerabwanderung soll gebremst werden, Existenzgründer sollen unterstützt werden, Einkaufsstadt Wilhelmshaven muss attraktiver werden, Elektrifizierung der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven ist wichtig.
- Familien und -Fahrradfreundlichkeit sowie Tourismus sind wichtig,
- Grünanlagen sollen bleiben, Gebührenerhöhungen sollen, soweit möglich, verhindert werden, und der
- Haushalt muss saniert werden: "Ab 2009 werden wir eine schwarze 'Null' anstreben!?!"

Und außerdem bei "H" Die Hafentorbrücke ist notwendig.

Bei "I" findet sich wieder eine tolle Zusammenstellung: ➤ Investitionen, Infrastruktur für Industrieansiedlungen, Integrationsklassen und Innenhafen (alles wichtig).

- Jade-Weser-Port wird die Region beleben, und die Jugendarbeit bleibt Kernthema, Kultur in der Stadt heißt nicht automatisch

Kultur von der Stadt – aber das Krankenhaus muss städtisch bleiben.

- Bei "L" kommt mal eine Ankündigung: "Das Leben in unserer Stadt wird lebenswert und bezahlbar bleiben." Na, hoffentlich!
- Marine, Nordseepassage, Oberzentrum, Parkanlagen und Quaker. Nein, das war jetzt fies von uns! Die ersten vier sind wichtig und sollen erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden, und "Quaker gibt es immer und überall – leider fehlen ihnen die Alternativen".
- Und außerdem gibt es unter "Q" auch noch Qualität, die eine Stadt auszeichnet!
- "Restaurierung von historisch wertvollen Stadtteilen und Gebäuden ist weiter unser Anliegen." Was ist mit der Südzentrale???
- Soziale Stadt, Stadtleitbild, Schulen, Sportförderung und -huch! Was ist das denn beim Buchstaben "S" – Entsorgung?!? Ach so! Ent-Sorgung. Oder?
- Tourismus, unternehmerfreundliche Ansiedlungspolitik, Umweltpolitik – alles wichtig. Verbindung zwischen City und Hafen - toll!
- Und am Ende: "W" wie "Wilhelmshaven braucht eine starke SPD. Was sich in der Vergangenheit bewährt hat, gilt auch für die Zukunft." Naja, das müssen die Wähler und Wählerinnen selber entscheiden.

Hier endet das sozialdemokratische Alphabet. X, Y und Z gibt es nicht. Bei "Z" hätte noch was vom Zaster stehen können, und als Überbrückung schlagen wir "Xylophone für Xenophobiker" und "Yaks für den Yachthafen" vor. ☐

Entschlossen zum Sieg

Jede Menge "Wilhelmshaven plus." von der CDU

(noa) Die CDU will es nach Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft in Wilhelmshaven nun endlich wissen: Sie will "stärkste Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven werden", und obwohl das dann doch schon klar ist, erwähnt sie es in der nächsten Zeile explizit: "die sozialdemokratische Mehrheitsgruppe ablösen".

Um dieses große Ziel zu erreichen, haben sich Wilhelmshavens Christdemokraten mächtig ins Zeug gelegt und ein sehr detailliertes Wahlprogramm vorgelegt. Dabei haben sie die politischen Felder, zu denen sie ihre Wahlaussagen machen, allesamt "Standortvorteil" genannt. Das ist doch originell, oder?

Von diesen "Standortvorteilen" gibt es 13, nämlich Arbeit, Bildung, Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit, Stadtentwicklung, Familien-, Jugend- und Seniorenfreundlichkeit, soziale

Verantwortung, Sportfreundlichkeit, Kulturfreundlichkeit, Umweltfreundlichkeit, Bundeswehr, Haushaltskonsolidierung und regionale Zusammenarbeit. Es ist unmöglich, hier alle vorzustellen; wir beschränken uns auf einige wenige.

Beim "Standortvorteil Arbeit" geht es natürlich um den Jade-Weser-Port, der "mehr Arbeitsplätze" bringen soll, aber auch um ein "Service Center Mittelstand", wo ansiedlungswillige Mittelständler umfassend beraten und bedient werden sollen.

Der "Standortvorteil Bildung" behandelt von der Grundschule bis zur Berufsschule alle Schularten. Dabei ist die CDU vor Ort vollkommen im Einklang mit der Landes-CDU und ihrem Kultusminister Busemann: Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens wird zementiert, indem auch in Wilhelmshaven die Hauptschulen von den anderen weiterführenden Schulen maximal entfernt und entfremdet werden: "...die Kooperation von Hauptschulen mit der Wirtschaft für Betriebs- oder Praktikatage zu unterstützen". Und die Gesamtschule wird einfach nicht erwähnt. Der "Standortvorteil Sicherheit" ist einer der wenigen Punkte, in denen sich die kommunalpolitischen Vorstellungen der CDU deutlich von denen der anderen Parteien unterscheiden. Er hat auch schon im Vorfeld des Wahlkampfes für einigen Wirbel in Wilhelmshavens Öffentlichkeit und im Rat gesorgt. Die CDU will "Videoüberwachungsanlagen an öffentlichen Plätzen" installieren und "ein Sicherheitsnetzwerk" aufbauen, "in das Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt, aber auch Schulen, Verkehrsbetriebe und Bürgervereine integriert werden" – also den Überwachungsstaat? Damit sollen wir vor uns selbst geschützt werden: "Aktion Saubere City", ... bei der mit empfindlichen Geldstrafen gegen sogenannte 'Bagatelldelikte' ... vorgegangen wird. Wir fordern eine 'Null Toleranzlinie' (vermutlich meint die CDU damit 'Null-Toleranz-Linie') gegen Verstöße."

Die geforderte "Kooperation von Ordnungsamt und Polizei" mit "gemischten Fußgängerstreifen" für "zusätzliche Präsenz ... auf Wilhelmshavens Straßen" hat die Stadt (in vorauseilendem Gehorsam?) ja schon einge-

richtet. "Wilhelmshaven plus.sorgenfrei" nennt die CDU auf ihren Wahlplakaten diesen Themenkomplex. Sorgenfrei? Na ja ... Der "Standortvorteil Bürgerfreundlichkeit" hingegen findet sich, zwar mit anderen Formulierungen, aber der gleichen Stoßrichtung auch in den Wahlprogrammen anderer Gruppierungen (bis hin zur LAW), und auch beim "Standortvorteil soziale Verantwortung" mit der Idee "Mehrgenerationenhaus" wird sich Wilhelmshavens rechte Mitte im nächsten Stadtrat mit der Linken treffen. Eine andere seltsame (?) Koalition bahnt sich bei diesem "Standortvorteil" in Sachen Sozialleistungen an: Gemeinsam mit den Grünen wird die CDU dem "Missbrauch von Sozialleistungen" entgegenwirken. Bemerkenswert am CDU-Programm: Die ausländischen Mitmenschen kommen für die Christdemokraten in Wilhelmshaven nur im jugendlichen Alter vor; die einzige Erwähnung dieser doch nicht gerade kleinen Bevölkerungsgruppe gilt der "Integration von ausländischen Jugendlichen". Nach den ganzen "Standortvorteilen" (1.1 bis 1.13) wird es dann erheitend. Punkt 1.14 trägt die Überschrift: "Besser für Wilhelmshaven" und fordert uns auf: "Schauen SIE, wo die Union regiert: ... unter der Regierung von Christian Wulff in Niedersachsen ... Den Menschen geht es dort besser." – Hm. – Gut, schauen wir es uns an. Die Armutsquote in Niedersachsen ist gestiegen; "14,5 Prozent der Niedersachsen gelten als arm. Darauf verweist Lothar Eichhorn vom Landesamt für Statistik", berichtete die "WZ" am 17.07.06. Schauen wir lieber schnell wieder weg. □

Was ist links?

Die "linke alternative wilhelmshaven" (LAW) spricht darüber noch

(noa) Die Gruppierung besteht erst seit einem Dreivierteljahr. Als die WASG im vergangenen Herbst dazu aufrief, eine linke Wählerinneninitiative für die diesjährige Kommunalwahl zu gründen, kamen zum ersten Treffen viele Aktive aus unterschiedlichen politischen Gruppen. Einige blieben bald wieder weg; ein fester Kern blieb bestehen, um den sich nach und nach weitere, z.T. vormals nicht politisch aktive Menschen sammelten. Angesichts ihrer kurzen Geschichte ist es bemerkenswert, dass die LAW die Zulassung zur Wahl geschafft hat – 20 Unterstützerunterschriften in jedem der sechs Wahlbezirke waren in kurzer Zeit zu sammeln – und vorher schon für jeden Wahlbezirk zwei Ratskandidaten aufstellen konnte. Doch in den Wahlkampf gehen konnte sie noch nicht mit einem ausführlichen Programm, denn das soll schließlich die Arbeitsgrundlage für die kommenden Jahre bilden und will gründlich diskutiert sein. Die LAW veröffentlichte aber vorab ein Papier, das einige Punkte, die schon Konsens sind, enthält. Da heißt es vorweg: "Wir wollen in den Rat der Stadt einziehen, um unsere Stimme zu erheben gegen vermeintliche Sachzwänge und für andere als die bisher praktizierten Lösungsversuche, die die Probleme nicht behoben, sondern sie meist nur verlagert und in vielen Fällen vergrößert haben. Als Linke gehen wir davon aus, dass die Lösung der finanziellen Probleme der ➤

Neue Mittelstandspartei

Die Wilhelmshavener Grünen haben sich von der Idee der sozialen Gerechtigkeit verabschiedet

(noa) In Baden-Württemberg haben die Landesgrünen es vorgemacht und sich zur Mittelstandspartei erklärt. Die Wilhelmshavener Grünen tun es auch. Zwar nicht so ganz explizit in ihrem Kommunalwahlprogramm, doch im Gespräch mit der "WZ" wohl: "Die Grünen setzen auf den Mittelstand" ("WZ" vom 03.07.06).

Fangen wir mit der Vorstellung des "grünen" Programms ganz hinten an: "Wir gehen davon aus, dass 'Bündnis90/Die Grünen' das Wahlprogramm im Rat der Stadt am besten in der Opposition vertreten und die folgenden (? – danach folgt nichts mehr) Schwerpunktthemen aufgreifen und bearbeiten können. Auch in diesem Punkt ist unsere Wahlaussage eine deutliche Botschaft an alle Wähler und Wählerinnen."

In der "WZ" ist die Ankündigung der Grünen, keine Koalition bilden zu wollen, etwas ehrlicher als hier begründet worden: "Aus den ernüchternden Erfahrungen der vergangenen Jahre ziehen die Grünen die Lehre, nicht wieder als schwacher Juniorpartner mit der SPD zusammengehen zu wollen." Inhaltlich spricht eigentlich nichts dagegen, dass die Grünen sich an die SPD, die CDU, die FDP oder die BASU anlehnen – so groß sind die programmatischen Unterschiede nicht.

Zwar überschreiben die Grünen ihr Programm mit "Verändern, was veränderbar ist", doch in den drei Kapiteln "Eigenverantwortung", "Soziale Gerechtigkeit" und "Chancengleichheit bei Arbeit und Bildung" sucht man vergebens nach den angestrebten Veränderungen.

Eigenverantwortung: "Zur Zeit erleben wir, wie von vielen Menschen Verantwortung einfach abgeschoben wird an das anonyme Gemeinwesen, Staat, an Politik und Verwaltung." Und das soll anders werden: "Wir fordern jeden einzelnen Bürger, jede einzelne Bürgerin in unserer Stadt auf, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, Verantwortung für seine Familie, insbesondere für seine Kinder und für alle Familienmitglieder."

Was soll das heißen? Wissen die Wilhelmshavener und Wilhelmshavenerinnen nicht, dass jeder Mensch für sich selbst verantwortlich ist? Im nächsten Kapitel werden die Grünen etwas deutlicher.

Soziale Gerechtigkeit: "Wenn die Hilfe, die die Solidargemeinschaft Staat zur Verfügung stellt, nur von denen genutzt würde, die sie brauchen, wären die Sozialkassen ausreichend gefüllt, und die soziale Gerechtigkeit gegenüber den Benachteiligten könnte ausgeübt werden." Aha. Es geht gegen die "Sozialschmarotzer", die in regelmäßigen Abständen von der Bundesregierung bemüht werden, um weitere Einschnitte für die Bedürftigen zu rechtfertigen. Noch ein bisschen deutlicher: "Wir werden der Ausbeutung unseres Sozialsystems entgegenreten, wo und wann immer sie uns bekannt wird." Gegenwärtig wissen zahlreiche Wilhelmshavener Familien nicht, wie sie über die nächsten Monate kommen sollen. Das neue Schuljahr fängt am 31.08. an, Schulbücher und anderer Schulbedarf werden fällig. Hartz

IV (in der vergangenen Legislaturperiode von Rot/Grün beschlossen) sieht dafür keine Hilfe vor. Ja, da ist Eigenverantwortung fällig. Dann eben eine paar Wochen lang nichts essen?

Nicht alles im grünen Programm ist so zynisch. Z.B. "Wir werden in der Wohnungsmarktpolitik, z.B. beim Verkauf von städtischen Wohnungen, Menschlichkeit vor wirtschaftlichem Gewinn vertreten." Und: "Wir fordern daher den Aufbau eines neuen kommunalen Wohnungsbau-Unternehmens." (Wie haben sich die Wilhelmshavener Grünen eigentlich damals beim Verkauf der Wobau Jade verhalten?)

Chancengleichheit bei Arbeit und Bildung: In diesem Kapitel steht ganz zutreffend, dass es nicht die Neubürgeragentur ist, die uns eventuell neue MitbürgerInnen bringen wird, sondern "Kita-Plätze, Krippenplätze, Hortplätze". Der "demographische Faktor"! Auch die Grünen sehen der Tatsache einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung in ganz Europa nicht ins Auge, sondern hoffen auf Neubürger, die dann natürlich woanders fehlen.

Auch Aussagen zur Migrationspolitik enthält dieser Abschnitt: MigrantInnen sollen das Recht auf eine Arbeitsstelle haben, aber auch die deutsche Sprache erlernen und unsere Grundordnung anerkennen. Was jedoch auch im grünen Programm fehlt, ist eine Stellungnahme gegen die unmenschliche Abschiebep Praxis der Wilhelmshavener Behörden.

Alles in allem stimmt es schon: Die Grünen setzen auf den Mittelstand.

Fortsetzung LAW

Kommunen eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erfordert. Das ist mit Kommunalpolitik nicht erreichbar. Auf kommunaler Ebene können wir lediglich die Auswüchse und Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems begrenzen helfen.“

Die LAW hat sich mit vielen politischen Feldern beschäftigt, die in den Programmen der anderen Parteien und Gruppen fehlen.

So wendet sie sich gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums und strebt die Rekommunalisierung schon veräußerter ehemals städtischer Einrichtungen an.

Als einzige Gruppe widmet sich die LAW ausführlich den Menschen mit Behinderungen und stellt fest, dass diese ohne Almosen in jeden gesellschaftlichen und Arbeitszusammenhang gehören. Das gilt der LAW auch für Kinder mit Behinderungen, deren integrative Beschulung nicht modellhafte Ausnahme, sondern Regel werden soll.

Und wenn wir schon beim Thema Schule sind: Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens wird von der LAW abgelehnt. Sie strebt eine gemeinsame Beschulung aller Kinder bis Klasse 10 an.

Auch Frauenpolitik findet sich bei sämtlichen anderen Parteien in diesem Jahr nicht mehr. Die LAW dagegen fordert die Rücknahme der Zuschusskürzung für das Frauenhaus sowie die Wiederaufstockung der Position der Frauenbeauftragten auf eine ganze Stelle.

Zum Thema "Wirtschaft" finden sich neben Punkten, in denen die LAW sich von den anderen Gruppen nicht unterscheidet, auch: "Zur Förderung der regionalen Wirtschaft unterstützen wir Initiativen wie den Tauschring." Und: "Mit den Gewerkschaften möchten wir in kritischer Solidarität zusammenarbeiten."

Klare Aussagen auch zur Migrationspolitik: "Es ist unsere Aufgabe, alle Menschen, die Schutz in unserem Land, in unserer Stadt suchen, aufzunehmen und schnellstmöglich zu integrieren." Sie fordern, dass die Stadt die noch vorgesehenen Abschiebungen aussetzt, und "ein eigenständiges Bleiberecht für immigrierte Frauen unabhängig von ihren Ehemännern. Dazu gehört die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat, Witwenverbrennung usw."

Zu Hartz IV: "Die angebliche Arbeitsmarktreform Hartz IV bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen. In Wilhelmshaven wird Langzeitarbeitslosen entgegen der Rechtsprechung nicht einmal eine Miete in Höhe der Wohngeldtabelle gewährt.

Hartz IV muss weg! Solange dieses Gesetz gültig ist, fordern wir: Die Stadt Wilhelmshaven als Partner der Arbeitsagentur in der ARGE soll dafür sorgen, dass alle Mittel ausgeschöpft werden für die Qualifizierung und Eingliederung von Erwerbslosen und dass die Zwangsmaßnahmen gegen Langzeitarbeitslose durch das Job-Center aufhören. Die Stadt soll darauf verzichten, durch die Nutzung von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) Profit aus der Arbeitslosigkeit zu schlagen.

Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland ist seit Hartz IV wichtiger denn je. Ohne die früheren öffentlichen Zuschüsse musste sie ihr Beratungsangebot schon drastisch einschränken. Die Stadt muss der ALI einen angemessenen Zuschuss gewährleisten, um ihre Weiterarbeit zu sichern." □

Zum Beispiel Frau Färber

Mal wieder ein Einzelfall aus der dubiosen Praxis des Job-Centers Wilhelmshaven

(noa) Nadine Färber*) ist Alg II-Empfängerin und Mutter von drei Kindern. Vor ungefähr einem Jahr ist ihre Älteste ausgezogen und hat sich eine eigene Wohnung genommen. (Damals ging das ja noch.) Frau Färber wohnte nun mit ihren beiden Söhnen in einer zu großen Wohnung und musste umziehen.

Das ging nicht so schnell. Die vielen Hartz IV-tauglichen Wohnungen, die es angeblich in Wilhelmshaven geben soll, sind nämlich alle längst bewohnt, und so fand Frau Färber bis zum Frühjahr dieses Jahres tatsächlich keine einzige, die angesichts ihres schmalen Budgets und der Mietobergrenze, die das Job-Center bewilligt, in Frage gekommen wäre. Am Ende entschied sie sich für eine Wohnung, die ein bisschen über den 372 Euro, die sie erstattet bekommt, liegt. Doch die paar Euro Differenz wollte sie aus dem Regelsatz bestreiten, denn zum einen gefiel ihr die Wohnung, zum anderen hätte sie bald auch ohne Umzug nur noch die 372 Euro bekommen, und dann hätte sie erheblich mehr dazuzahlen müssen.

Sie telefonierte mit dem Job-Center und bekam "grünes Licht" für die Anmietung dieser Wohnung, die sie dann zum 1. Mai beziehen konnte. Die war vom Vermieter gründlich renoviert worden, doch es fehlten Bodenbeläge und eine Küche.

Notfall

Ein Termin beim Job-Center war nicht sofort zu bekommen, und deshalb suchte sie das Notfallbüro auf. Allein hätte Frau Färber es nicht geschafft, dort vorzusprechen, denn die Dame am Empfang teilte ihre Ansicht, dass es sich um einen Notfall handelt, nicht. Die resolute Freundin, die sie zum Job-Center begleitete, "überrollte" jedoch zum Glück den Widerstand der Kollegin vom Empfang und zog Frau Färber kurz entschlossen mit.

Im Notfallbüro wurde ihr Antrag auf eine Kücheneinrichtung, Bodenbeläge sowie zwei Kinderzimmerschränke, eine Umzugsbeihilfe und die Kautions in Höhe einer Kaltmiete angenommen, und ihr wurde für den folgenden Tag ein Anruf des Prüfdienstes angekündigt. Gut zwei Wochen wartete Frau Färber, und wieder war es ihre resolute Freundin, die dafür sorgte, dass sie noch einmal ins Notfallbüro ging. Dort erfuhr sie, dass man vergeblich versucht habe, mit ihr Kontakt aufzunehmen – in der Telefonnummer sei ein Zahlendreher gewesen. (Falls das tat-

sächlich stimmte: Hat man beim Job-Center noch nie etwas von einer Einrichtung namens Post gehört?) Nun aber kam der Prüfdienst tatsächlich am nächsten Tag und nahm alles auf. Nach weiteren zwei Wochen ging Frau Färber zum dritten Mal ins Notfallbüro, wo die Mitarbeiterin bei ihrem Eintritt gerade den Möbelbezugschein für die Küche unterschrieb.

Ein Unterschrank von 1 m Breite, zwei Oberschränke von je 1 m, eine Spüle und ein Elektroherd, das ist alles, was einer Bedarfsgemeinschaft nach Hartz IV zusteht. Im Möbellager des Diakonischen Werkes darf man sich die Sachen aussuchen und bekommt sie geliefert. Vorausgesetzt, im Möbellager gibt es das alles gerade.

Einen E-Herd gab es dort zu der Zeit keinen. (Wir haben nachgefragt: E-Herde gibt es dort seltenst!) Jeder vernünftige Mensch würde jetzt vermuten, dass der Alg II-Empfänger nun also woanders nach einem E-Herd schauen darf; schließlich gibt es ja ein paar Geschäfte, die solche Artikel auch gebraucht führen. Aber nein! Dreimal sollte Frau Färber bei der Diakonie nach einem Herd fragen, dann sollte sie schriftlich bescheinigt bekommen, dass es gerade keinen gibt, und dann erst sollte sie sich anderweitig umsehen dürfen.

Diese Schikane ist keine Idee des Möbellagers. Es ist eine Auflage des Job-Centers, dass das Möbellager erst nach drei vergeblichen Besuchen eine solche Bestätigung ausstellen darf.

Kalte Küche

Während der ganzen Wochen hatte es im Hause Färber entweder kalte Mahlzeiten oder Essen von der Bude gegeben – sehr zur Freude der beiden Söhne, doch zur großen Belastung für die Haushaltskasse. Dann hatte Frau Färber ausnahmsweise mal Glück: Sie bekam einen E-Herd geschenkt. Sogar einen mit Ceranfeld! Toll – auch für das Job-Center, denn nun brauchte die Familie Färber keinen Herd, sondern nur eine passende Arbeitsplatte bezahlt zu bekommen, und das wäre doch erheblich billiger. Jeder vernünftige Mensch würde jetzt denken, dass das Job-Center sich gefreut hätte und die paar Euro für die Arbeitsplatte gerne bewilligt hätte, da doch die Kosten für einen Herd eingespart werden konnten. Nein, das ging nicht. Ein Herd und sonst nichts sollte es sein.

Das ist nicht der einzige Ärger, den die Familie Färber mit dem Job-Center hat. Doch darüber können wir im Moment noch nicht berichten, da Frau Färber Widerspruch eingelegt hat und eventuell eine Klage beim Sozialgericht erheben muss. Und das wollen wir lieber abwarten. □

*) Zum Schutz der betroffenen Familie haben wir den Namen geändert.

Neun Monate ohne Waschmaschine

Der Fall der Familie Färber ist nicht der einzige, in dem das Job-Center eine Bedarfsgemeinschaft über Wochen und sogar noch länger ohne wichtige Haushaltsgeräte leben lässt. Frau M. z.B. muss schon seit neun Monaten ihre Wäsche im Waschsalon waschen. "Es scheint daran zu liegen, dass man beim Job-Center des Lesens nicht mächtig ist", meint sie lakonisch. Sie hat schon einmal eine Waschmaschine von der öffentlichen Hand finanziert bekommen. Nur: Die ist nach der Trennung bei ihrem Ex-Mann geblieben. Und da nützt sie ihr wenig. (noa)

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144
Büro (vorm.) 04421 / 1400823



VERSICHERUNGSGRUPPE

Am 10. September

BASU

FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN

[BILDUNG | ARBEIT |
SOZIALES UMWELT]

WWW.BASU-WHV.DE

ist BASU -Tag!

Gehen Sie zur Wahl!
Geben Sie Rechts keine Chance! **Vermeiden Sie die Listenwahl!** **Wählen Sie ihren Kandidaten direkt!**

Erteilen Sie SPD, CDU, Grünen und Linkspartei [PDS] eine Absage! **Wählen Sie eine starke Opposition in den Rat!**
3 Stimmen für eine ehrliche, transparente Politik!
3 Stimmen für die BASU-Kandidaten! **Wir schaffen keine Mehrheiten, sondern Klarheiten!**

BASU-TREFFEN: REGELMÄSSIG 2X IM MONAT, JEDEN 1. UND 3. MONTAG IN DER RUSCHEREI AB 19.00 UHR!

www.basu-whv.de

Jugend- und Familienhilfe in Zeiten knapper Kassen

lautet der Titel einer Fachtagung am 19.09. und 20.09.2006, die von der Arbeitsgemeinschaft der Träger ambulanter Jugendhilfe in Friesland im Waisenstift Varel veranstaltet wird.

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ – so steht es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Und weiter: „Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts ... insbesondere junger Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ Diese Hilfen in Form von pädagogischem und psychologischem Beistand werden u. a. von freien Trägern der Jugendhilfe angeboten. Das kostet Geld, und das ist bekanntlich knapp bei den kommunalen Haushalten. Mit den Entscheidungsträgern Ute Janssen vom Landkreis Friesland, dem Leiter des Wilhelmshavener Jugendamtes Carsten Feist sowie einem Vertreter des Celler Jugendamtes soll unter anderem die Frage „Welche hiesigen Angebote zum Wohl der Betroffenen sind vorhanden, notwendig, ausbaufähig, wünschenswert – aber in Zeiten knapper Kassen womöglich nicht realisierbar?“ diskutiert werden.

Mit den Berührungspunkten von Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie beschäftigen sich zwei kompetente Fachleute aus der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Wilhelmshaven: Dr. Michael Stern und Dr. Eugene Epstein referieren zum Thema und diskutieren mit dem Publikum.

Der Bereich der schulischen Sozialarbeit ist dabei, sich zu etablieren und rückt stetig weiter in den Fokus der Öffentlichkeit. Welche Chancen und Möglichkeiten sich daraus für eine effiziente Jugendhilfepolitik ergeben können, wird am Dienstagnachmittag von den Schulsozialarbeiterinnen der hiesigen Schulen an Beispielen aus der konkreten

Praxis dargestellt.

Beim Schwerpunktthema Familie soll den Teilnehmern durch unterschiedliche Zugänge erfahrbar gemacht werden, welche Fragestellungen und Situationen auf Betroffene zukommen können, die ihren individuellen Hilfe- und Unterstützungsbedarf realisieren wollen. „Familie im Dschungel der Jugendhilfe“ nennen die Veranstalter diesen Themenblock.

Seit 15 Jahren ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) in Kraft und bietet ein breites Spektrum pädagogischer Hilfestellungen. Aber ob ambulant oder stationär – auf die Vielzahl der unterschiedlichen Problemlagen zu reagieren, ist mitunter ein schwieriges Unterfangen. Soziale Dienstleistung braucht Fachlichkeit und zunehmend auch Managementkompetenz. Qualitätsmanagement bedeutet, komplexe Systeme zu planen, zu steuern und zu prüfen. Die Teile des Systems sind genauso bedeutsam wie das Umfeld. Ein systematischer Blick auf das Ganze erhöht die Wirksamkeit des Qualitätsmanagements.

Qualitätsmanagement umfasst auch die Sicherung von vorhandenen Standards und die Entwicklung von neuen. Dr. Harald Tornow ist Geschäftsführer des e/l/s- (entwickeln, lernen, sichern) Instituts und beschäftigt sich zu Beginn der Veranstaltung im Eingangsreferat mit der Qualität sozialer Arbeit. Die Tagung richtet sich vornehmlich an interessiertes Fachpublikum. Die Teilnahmegebühr beträgt für beide Tage 25 Euro und beinhaltet Getränke und Mittagssuppe. Ein Anmeldeformular versendet die SOS-Beratungsstelle in Varel, Bahnhofstraße 22, Tel: 04451-5117. (ub)

In der Arbeitsgemeinschaft der Träger ambulanter Jugendhilfe in Friesland haben sich zusammengefunden:

- Freie Soziale Dienste Friesland e.V.
- Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit
- Pädagogische Praxis für Kinder, Jugendliche und Familien „Lichtblick“
- SOS Kinderdorf e.V.– Hilfverbund Wilhelmshaven-Friesland
- Sozialpädagogisches Zentrum Schortens
- Waisenstift Varel Familienhilfen
- Zentrum für Familie, Frauen und Jugend „Pusteblyme“

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL
KLANG **KLANG**

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

www.kling-klang-whv.de

**ROCK
FISCH**

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Aufhören, Herr Becker, hören Sie auf!

(Kabarettist Wilfried Schmickler)

Der Nationalismus ist ein garstig Ding

(hk) Es ist normal, dass Menschen sich zu ihrem Staat bekennen, dass Menschen stolz auf ihr Land sind. Das gilt auch für Deutsche und für Deutschland. Erlaubt ist, was gefällt! Doch der Nationalismus hat auch eine zweite Seite – es ist das Gesicht der Überheblichkeit, des Chauvinismus. Und die Freude über die Leistungen und Errungenschaften des eigenen Landes/Staates kippen oft in diese Richtung. Und dann wird es normalerweise übel. Der 'Fall' Stefan Becker ist hierfür ein gutes Beispiel unter vielen.

Der Fußball, die Nation und der Stolz

Die Fußball-Weltmeisterschaft brachte trotz der überbewerteten Leistung des DFB-Teams die Nation zum Kochen – ein Land versank in einem schwarz-rot-goldenen Meer. Dass der Eindruck einer großen Leistung der Kicker entstehen konnte, hatte zwei Ursachen: Zum einen waren die Erwartungen nach den kläglichen Vorbereitungs-Auftritten eher niedrig angesetzt, zum anderen puschte eine in ihren Ausmaßen bis zum Beginn der WM völlig unbekannte Öffentlichkeitskampagne die Stimmung im Land in Richtung Nationalmannschaft. Zu Beginn hatte die ganze Aktion mehr einen karnevalistischen Charakter. Haare und Gesichter wurden schwarz-rot-gold gefärbt, kleine Filzstift-Fähnchen zierten Oberarm, Wange und Backe. Das schwarz-rot-goldene Tuch war auch als Sitzunterlage angenehm, die Menschen liefen mit bunten Zauberer-Hütchen, mit schwarz-rot-goldenen Plastik-Keulen herum, selbst die Baby-Kleidung machte klar, dass da der kommende Ballack das Licht der Welt erblickt hat – in all dem war ein gehöriger Spaßfaktor enthalten.

Doch irgendwann drehte sich das Bild: Autos waren plötzlich nicht einfach mehr mit Fähnchen bestückt – sie wurden aufgedonert, dass man denken konnte, da fährt der Potentat einer Operettenbananenrepublik an einem vorbei. Die totale Beflaggung einer ganzen Nation nahm immer mehr militaristische Züge an. Gleichzeitig stieg die Frequenz der Kommentare, in denen betont wurde, dass das alles ganz normal sei – und irgendwann war die Bevölkerung der Meinung, dass das wirklich alles ganz normal sei.

Lieber Stefan Becker, wir mögen vielleicht in einem Land leben, in dem jeder seine Meinung frei zum Ausdruck bringen darf, aber liegt es nicht in der Verantwortung eines Journalisten und vor allem eines verantwortlichen Redakteurs, mit welcher Wortwahl und Meinung er die Öffentlichkeit beeinflusst?

Ich frage mich, wer bei einem Thema wie dem Patriotismus bewerten kann, wo berechtigter Nationalstolz anfängt und endet und an welcher Stelle er über die Grenzen hinausgeht? Sie vielleicht?

Sind wir nicht in erster Linie alle 'nur' Menschen, bevor der jeweilige Geburtsort, die Nationalität, Kultur und Konfession eine Rolle spielen? War es nicht das, was Rio Reiser schon vor meiner Zeit mit dem Song "Mein Name ist Mensch" zum Ausdruck bringen wollte? Ist es nicht das, worin wir erst einmal alle einer Meinung sein sollten? In Deutschland musste erst eine Fußball-

Weltmeisterschaft stattfinden, um ein Gefühl von Gemeinschaft hervorzurufen, obwohl unser Volk aufgrund seiner Geschichte doch eine einheitliche und überzeugte Meinung haben müsste.

Wenn die Bewohner dieses Landes erst begreifen, ihre Fahnen zu schwingen, wenn eine Fußballweltmeisterschaft hier stattfindet, zeigt das wohl deutlich, dass auch "Kriegs- und Holocaustgequatsche", um es mit Ihren Worten auszudrücken, immer noch notwendig ist. Dabei sollte jeder bereit sein, Meinungen und Ängste anderer zu respektieren. Diesen Respekt sollten wir dabei auch dem "Mädel" des Zentralrats der Juden gewähren.

Darüber hinaus stehe ich Ihrer Gleichung, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, eher kritisch gegenüber. "Wir tun gut daran, es so auszuleben. Spaß ist ein Stück Lebensqualität - erhöht Freude am Leben und Umsätze der Wirtschaft - beides garantiert einen Teil des erhofften Aufschwungs." Wenn Spaß und Fußball den erhofften Aufschwung bringen sollen, dann gute Nacht, Deutschland!

Dabei war das, was in Deutschland passierte, alles andere als normal – und es ist und war auch nicht in anderen Ländern normal, wie es uns die Herren und Damen Kommentatoren und Politiker glauben machen wollten.

Zum Beispiel Italien: "Nicht nur die Ausfälle des Rechtspopulisten und Lega-Nord-Mitglieds Calderoli, der in Berlusconi Kabinett als Sportminister saß, gegen das französische Team (Neger, Moslems und Kommunisten) haben für heftigen Wirbel zwischen Rom und Paris gesorgt. In Südtirol kam es zu offenen faschistischen Sympathiebekundungen – besonders nach dem Sieg gegen Deutschland. Sogenannte "Fans" fielen regelrecht mit einem grün-weiß-roten Fahnenmeer in Bozen ein und paradierten vor einem immer noch dort stehenden "Duce"-Denkmal. (...) Mit zum Faschistengroß gestrecktem Arm bejubelte die Tifosi-Menge die Tore gegen die Klinsmann-Elf. (...)"

Unterdessen lieferten fanatisierte Azzurri-Anhänger auch in Rom nach dem Sieg im



Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Weltmeisterschaftsfinale üble Visitenkarten ab. Am Tag danach sind im früheren jüdischen Ghetto der Hauptstadt Hakenkreuz-Schmierereien entdeckt worden." (Nach WZ vom 12.7.2006)

Mag sein, dass die Zeit wirklich vorbei ist, in der man schon als Nazi galt, wenn man eine Deutschlandfahne im Garten hängen hatte, wie Sie schreiben. Dennoch bezweifle ich, dass es den Fahnen schwenkenden Fans darum ging, sich mit ihrem Land zu identifizieren, sondern ich denke, dass Fahnen schwenkende Trikot-Träger sich eher mit ihrer Fußball-Nationalelf im Einklang sehen und dabei nicht über unsere Geschichte nachdenken.

Mich wundert, dass es so etwas wie Nationalstolz überhaupt noch auf der Welt gibt. Für mich ist es ein unbegreifliches Phänomen, dass es im 21. Jahrhundert und im Zeitalter eines gemeinsamen Europas überhaupt noch zu Wettstreitereien einzelner Länder kommen kann. Wenn Sport wirklich ein fairer Sport ist, dann gilt, dass der Bessere gewinnen möge. Dann sollten wir nicht schon im Vorfeld erwarten, dass die deutsche Mannschaft Weltmeister wird, und uns nicht danach mit Tränen in den Augen in die Arme fallen. Woher rührt diese Form von Gemeinschaftsgefühl und Vaterlandsliebe? Wenn wir durch jahrhundertlang praktizierte Politik dazu erzogen worden sind, patriotisch zu sein, sollte man das mal überdenken.

Diese durch Fußball und Industrie initiierte Fahnen-schwenkereie ist mit anderen Ländern gar nicht zu vergleichen. Sie schreiben, dass wir Spaß an etwas haben, was andere Länder uns schon jahrzehntlang vorleben, nämlich, sich mit seinem Land zu identifizieren. Andere Völker haben im Gegensatz zu uns ein natürliches Wir-Gefühl und holen nicht erst zur WM ihre Fahnen aus den Taschen, um sie nach der WM, vor allem nachdem die eigene Nationalmannschaft nicht Weltmeister geworden ist, nach und nach wieder in der Schublade verschwinden zu lassen.

Noch beweiskräftiger sind die antisemitischen Äußerungen von Stefan Becker, Herausgeber des hochglänzenden Non-Informationsblattes 'Scout' und Vorsitzender von Radio Jade:

Endlich braucht man sich nicht mehr verstecken, nur weil man Deutschland und seine Fußballnationalmannschaft liebt. Und wir tun gut daran, es so auszuleben, denn Spaß ist ein Stück Lebensqualität. Es erhöht die Freunde am Leben und es erhöht die Umsätze der Wirtschaft. Dieses benötigen wir in unserem Land, denn beides garantiert auch einen Teil des erhofften Aufschwungs.

Und wenn es Menschen wie die neue Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland gibt, die die Politik wieder ins Sportleben reinlabern will (ihr wisst schon, die eventuelle Einreise des iranischen Ministerpräsidenten), dann kann ich nur sagen: Mädels, einfach mal die Klappe halten. Wir wollen kein Kriegs- und Holocaustgequatsche bei unserer WM. Wir wollen begeisternden Fußball sehen, wir wollen gute Gastgeber sein und wir wollen Deutschland leben.

Ohne vergessen zu wollen, was zwei Generationen vor mir passiert ist, ist es endlich an der Zeit, auch die alten Patriotismus,- und Nationalstolzdebatten verblässen zu lassen. Meine Generation und die neue Generation haben keine Lust mehr auf falsche Zurückhaltung in diesem Bereich, sondern wir freuen uns darüber, Deutsche zu sein, wie viele deutschstämmige Türken, Griechen, Albaner und Russen*) auch, die ebenfalls mit Deutschlandfahne durch das Land fahren und mitfeiern. Deutschland lebt. Endlich!

Zudem frage ich mich, wer eigentlich mit Ihrem doppelt und dreifach betonten "Wir" gemeint ist, welches Sie z.B. verwendeten, als Sie betonten, dass wir begeisternden Fußball sehen wollen, dass wir gute Gastgeber sein wollen, dass wir Deutschland leben wollen? Wir wollten gute Gastgeber sein, und die meisten von uns wollten begeisternden Fußball sehen. Aber meinen Sie mit "wir" auch, dass begeisterte Fußballfans, die ihre Fahnen schwenkten, ein Symbol dafür sind, Deutschland zu leben? Bedeutet "Deutschland leben" Ihrer Ansicht nach, sich mit Fußballern zu identifizieren und dabei schwarz-rot-goldene Accessoires an sich zu tragen, nicht aber, sich mit den Werten und Vorstellungen unseres Landes zu beschäftigen oder sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen? Wenn das mit Ihrem "Wir" gemeint sein sollte, dann bitte ich Sie darum, Ihre Texte demnächst in der Ich-Form zu verfassen, um die Menschen, die anderer Meinung als Sie sind, nicht einbeziehen.

Jessica Kramhöft

*) Was sind eigentlich "deutschstämmige Türken, Griechen, Albaner und Russen"?



Solch nationalistischen und antisemitischen Äußerungen entstehen ja nicht in wenigen Tagen zwischen dem Beginn der WM und dem Erscheinen des Scout, sie sind latent vorhanden. Die schwarz-rot-goldene Stimmung in WM-Deutschland spülte so etwas dann an die Oberfläche. Endlich darf man seine seit Jahren heruntergewürgte Kritik laut sagen – die ganze Nation schwimmt ja auf einer gemeinsamen nationalen Besoffenheit.

Und das alles geschieht mitten in Wilhelmshaven, mitten in Deutschland, mitten in der Demokratie.

Stolz, ein Deutscher zu sein? Ganz bestimmt nicht wegen einer millionenschweren Kickertruppe. Mir fällt bei Betrachtung meiner Gegenwart nichts ein, was mich als deutschen Staatsbürger von Bürgern anderer Nationen abhebt, nichts, was mich veranlassen könnte, stolz darauf zu sein, dass ich Deutscher bin.

Inzwischen ist Stefan Becker von seinem Posten bei Radio Jade zurückgetreten, der Text im Internet wurde entschärft – aber er hat auch noch einen nachgelegt – In der August-Ausgabe des Scout beweist Becker, dass er nichts verstanden hat.

Hannes Klöpfer

Klappe halten!

Stefan Becker hat Wilhelmshaven mit seinem unsäglichen Intro zum Juli-"Scout" publizistisch gut über das unmittelbar auf die Fußball-WM folgende Sommerloch gebracht. Beckers Rücktritt vom Vorstandsposten bei Radio Jade wurde gefordert, Beckers Rücktritt wurde berichtet. Wir konnten lesen, dass Michael Konken Beckers Ausschluss aus der SPD will, und Becker hat versichert, dass er kein Antisemit sei. Jetzt wäre für ihn ein guter Zeitpunkt gewesen, endlich mal die Klappe zu halten.

Hätte er innegehalten, eine Runde nach-

WALLI

**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

**Öffentliche Treffen der WALLI:
Jeden 1. Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr
im "Kreuzelwerk"**

**WALLI
Wilhelmshavener
Alternative Liste**

**Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de**

gedacht und vielleicht auch mit ein paar politisch denkenden Menschen gesprochen, dann hätte er die Chance gehabt, das Sommertheater, das er – berauscht von dem einen oder anderen Fußballspiel und vielleicht dem einen oder anderen Glas Bier – angeordnet hatte, so halbwegs ehrenvoll zu beenden. Zwar lief es mit Sicherheit ziemlich vielen Leuten eiskalt den Rücken runter, als sie über mehrere Wochen auf den Straßen Tausenden von Deutschland-Fähnchen begegneten, weil sie befürchteten, dass auf das Fähnchenschwingen als nächstes "Deutschland, Deutschland über alles" und danach bald "Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt" folgen könnten – aber nach der WM ebte das Fähnchenmeer schnell ab, und die meisten hätten wahrscheinlich bald gnädig vergessen, zu welchen geistigen Tiefen es in Zeiten der Flut den Stefan Becker führen konnte.

Aber in der August-Ausgabe des "Scout" schwingt er noch einmal Fähnchen und Stiff zu einer Mischung aus Trotz, Flucht nach vorn, Beschönigung seiner Entgleisung und weiteren Peinlichkeiten: Keinesfalls wird er sich öffentlich entschuldigen, schließlich hat er doch im Juli "an das Leid der jüdischen Mitbevölkerung erinnert und hervorgehoben" (so, hat er das?), alle, die ihn kritisieren, sind böswillig, und alle wissen doch, "dass der 'Scout' keine FAZ oder Süddeutsche Zeitung ist" und dass darin "anstelle des Wortes 'Gerede' schon mal das Umgangswort 'Gequatsche' genommen wird". Hm. Wie hätte es geklungen, hätte Becker im Juli geschrieben: "Wir wollen kein Kriegs- und Holocaustgerebe bei unserer WM"? Irgendwie weniger schlimm oder weniger antisemitisch?

Und die Aufforderung an Charlotte Knobloch "Mädels, einfach mal die Klappe halten" ist okay, weil "Volkes Mund"? Was sind das denn für Leute, denen Stefan Becker aufs Maul schaut? Über 500 Bürger, so Becker im August-Scout, haben sich bei ihm gemeldet und gingen mit seinem Intro konform. Ja, Millionen von Fliegen können sich nicht irren! Also, Leute, esst Scheiße!

Anette Nowak

Jonathan  **Naturkost**

Das ist doch alles Käse:

**Chevrondel, Saint Paulin, Comté, Crottin de Chavignol, Cantal,
Fourme d'Ambert, Abondance, Morbier...**

**Käsespezialitäten- nicht nur aus Frankreich, aber nur aus biologischem Anbau!
Für Fortgeschrittene und Anfänger ein Genuss!**

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Armut macht krank – Krankheit macht arm

Die Gesundheitssystemberatung hilft durch den Dschungel der Gesetze

(noa) Am 11. Juli war Marion Zuelz von der ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) zu Gast bei der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (ALI). Sie stellte das neue Beratungsangebot der ALSO, die "Gesundheitssystemberatung", vor.

2004 eingerichtet, informiert die GSB Erwerbslose und andere Ratsuchende über etwaige Leistungsansprüche, begleitet sie zu Ämtern oder verweist sie ggfs. an andere Selbsthilfeeinrichtungen. Für ihre Beratungsarbeit musste Frau Zuelz sich in die Gesetzestexte der Sozialgesetzbücher II, V und XII einarbeiten. Seit Bestehen des Angebots betrafen 50 bis 60 % der Fälle Fragen zum SGB II – das ist nicht erstaunlich, denn die Personen, die unter dieses Gesetz fallen, die Langzeitarbeitslosen, sind in ganz besonderem Maß darauf angewiesen, Hilfe und Beratung in Fragen des Gesundheitssystems zu bekommen. Ca. 30 % der vorgebrachten Anliegen betrafen das SGB V, gut 10 % drehten sich um sonstige Fragen des Sozialrechts.

Ein häufig auftretendes Problem (nicht nur bei der Gesundheitssystemberatung – auch die ALI und andere Hilfsorganisationen begegnen dem häufig) ist das Thema Zuzahlung zu Medikamenten und anderen Heilmitteln. Viele schrecken wegen des befürchteten hohen Aufwandes davor zurück, einen Befreiungsantrag bei ihrer Krankenkasse zu stellen; schlimmer noch: Viele wissen gar nicht, dass es Grenzen der Zuzahlungspflicht gibt. 2 % des Einkommens höchstens muss ein Mensch für Gesundheitsausgaben einsetzen. Bei chronisch Kranken ist es nur 1 %. Diese Grenzen sind bei Empfängern von Arbeitslosengeld II und von Grundsicherung natürlich schnell erreicht. Vom Alg II-Regelsatz sind 15 Euro für Gesundheitsausgaben (unter die auch die Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal fällt) vorgesehen. Die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen hat ermittelt, dass chronisch Kranke 30 bis 50 Euro für medizinischen Bedarf aufwenden müssen. Die 15 Euro, die das SGB II (das ist Hartz IV) für Gesundheitsausgaben in den Regelsatz eingerechnet hat, sind am statistischen Bedarf orientiert, aber natürlich reichen sie nicht zur Bedarfsdeckung im konkreten Einzelfall.

Niemand soll in diesem Land ohne Kran-

kenversicherungsschutz sein, beteuert die Bundesregierung immer mal wieder. Tatsächlich sind es etwa 200.000 Menschen in Deutschland, die in keiner Krankenkasse sind, und so kommt es, dass Frau Zuelz oft auch mit Ratsuchenden nach Möglichkeiten suchen muss, in eine Krankenkasse zu kommen.

Als ein weiteres häufig geäußertes Problem hat Marion Zuelz die Frage von chronisch Kranken angesichts eines Eingliederungsangebots der ARGE gehört: Soll man die Krankheit angeben, um keine Maßnahmen antreten zu müssen, die einem schaden könnten, oder soll man die Krankheit besser verschweigen, weil man sonst Nachteile zu befürchten hätte?

In Sachen Erwerbsfähigkeitsüberprüfung macht Frau Zuelz, wie sie sagt, "paradoxe" Erfahrungen: Sie hat Menschen kennen gelernt, die dem SGB II unterliegen und also Alg II empfangen, obwohl sie selbst sich als nicht erwerbsfähig betrachten. Sie haben sich vergeblich darum bemüht, ihre Erwerbsunfähigkeit anerkannt zu bekommen, um statt Alg II Rente oder Grundsicherung zu bekommen. Andere hingegen bekamen den Stempel "erwerbsunfähig" und damit kein Alg II, obwohl sie arbeiten können und wollen. In beiden Varianten hat es sich als schwierig erwiesen, aus der jeweiligen Zuschreibung herauszukommen. Hier rät Frau Zuelz den Betroffenen, ein Zweitgutachten zu beantragen und gegen die Feststellung, die man falsch findet, Widerspruch einzulegen.

Die Frage, was passiert, wenn weder die zuständige ARGE noch der Rentenversicherungsträger zahlen wollen und ein Mensch sich zwischen Erwerbsfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit wiederfindet, beschäftigte die ALI schon vor Inkrafttreten von Hartz IV. So äußerte im November 2004 bei der ALI-Versammlung der Präsident des SoVD die Befürchtung, dass mit Hartz IV "Verschiebebahnhöfe" entstehen würden (vgl. Gegenwind 204). Und im März 2005 berichtete der Leiter des Sozialamtes Varel bei der ALI, dass die für solche Fälle vorgesehenen Einigungsstellen noch nicht eingerichtet seien (vgl. Gegenwind 206). Nach Erfahrungen der ALI wie auch der ALSO gibt es sie immer noch nicht – man hat sie jedenfalls noch nie in Aktion erlebt. Wie viele Menschen auf diesem Verschiebebahnhof stehen und daran verzweifeln, ist nicht bekannt.

Armut macht krank, und Krankheit macht arm. Unter den Hartz IV-Betroffenen ist Krankheit weiter verbreitet als unter der Gesamtbevölkerung: Ein Viertel von ihnen hat gesundheitliche Probleme oder Behinderungen. Bei den ARGE gibt es jedoch keine einschlägige Beratung oder etwa dafür ausgebildetes Personal. Die Einrichtung der Gesundheitssystemberatung bei der ALSO schließt eine Lücke, die Hartz IV geöffnet hat. □

Macht Armut krank?

Die Einführung der Praxisgebühr hat kaum zu Einsparungen geführt, hat neulich das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt (vgl. "WZ", 1708.06). Die Versicherten gehen nicht seltener zum Arzt als vorher. Mag sein. Uns sind jedoch einige Leute bekannt, die ihre Arztbesuche aufgeschoben haben, um einmal Praxisgebühr zu sparen. Ein Wilhelmshavener hat in diesem Sommer, als er wegen des Wechsels vom Alg II-Bezug in die Rente einen Monat lang gar kein Geld hatte, einen Bekannten, der wie er dauernd starke Schmerzmittel benötigt, gebeten, sich eine Extra-Portion davon verschreiben zu lassen und ihm zu geben. Damit hat er es geschafft, ein Quartal ohne Praxisgebühr zu überstehen. Vermutlich ist die geringe Einsparung, die die Praxisgebühr halt doch gebracht hat, denen zu "verdanken", die aus Geldmangel eine Krankheit ins nächste Quartal hinein verschleppt haben und damit ihre Gesundheit weiter geschädigt haben.

Trotzdem ist die Feststellung, dass Armut krank macht, nur bedingt richtig, weil verkürzt. Es ist die soziale Ungleichheit, die krank macht und Lebensjahre kostet.

"Studien unter britischen Verwaltungsangestellten ergaben, dass die Lebenserwartung unter den Top-Angestellten auf Gehaltsstufe 32 höher liegt als die der Angestellten auf Stufe 31, die wiederum eine höhere Lebenserwartung haben als Verwaltungsangestellte auf der Stufe 30 und so weiter, bis sich schließlich die niedrigste Lebenserwartung auf Stufe 1 findet.

... Dasselbe Ergebnis fand man in anderen Ländern, zum Beispiel in Spanien: ... Die Differenz zwischen den beiden äußeren Polen – Großbürgertum und Langzeitarbeitslose – beträgt zehn Jahre. Durchschnittlich liegt diese Distanz in Europa bei sieben ... Jahren." So schreibt Vicente Navarro, Professor für Politik und Soziologie an der John Hopkins Bloomberg School of Public Health in Baltimore, USA, und an der Pompeu Fabra University, Barcelona sowie Chefredakteur des International Journal of Health Services im Artikel "Ungesunde Ungleichheiten. Warum soziale Hierarchien krank machen" im Magazin "FANTÔMAS" Nr. 7. Er stellt fest, dass ein britischer Verwaltungsangestellter der untersten Einkommensklasse oder ein US-Bürger der Unterschicht bestimmt mehr besitzt als z.B. ein Mittelklasse-Angehöriger aus Ghana, aber dennoch eine geringere Lebenserwartung hat als jener. "Warum? Die Antwort ist einfach. Es ist schwieriger, eine arme Person in den USA zu sein als eine Mittelklasse-Person in Ghana. Für die arme Person in den USA ist die schlimmste Komponente ihrer Existenz nicht unbedingt die Abwesenheit materieller Ressourcen, sondern vor allem ihr oder sein sozialer Abstand zum Rest der Gesellschaft", schreibt Navarro weiter, und wir ergänzen: Dasselbe trifft auf die arme Person in Deutschland, auf die arme Person in Wilhelmshaven zu.

Hier verdanken wir die aktuellen Zahlen Frau Große Bockhorn von der "WZ": 6733 Bedarfsgemeinschaften (also Familien oder Einzelpersonen) in Wilhelmshaven leben von Alg II; von den 10.840 Wilhelmshavener Kindern leben 2953, also mehr als 27 %, in Alg II-Haushalten (vgl. "Kindern fehlt mehr als warme Suppe" in der "WZ" vom 09.08.06). 2953 Kinder, die jetzt schon zu einem früheren Tod verurteilt sind als die anderen! (noa)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70